

Ä30 zu A-6: Zivilgesellschaft im Nahen Osten schützen - Gerechten Frieden schaffen

Antragsteller*innen Ali Khademolhosseini

Titel

Ändern in:

Zivilgesellschaft in Israel & Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen

Antragstext

Von Zeile 38 bis 41:

Die Worte und Handlungen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von verbündeten Staaten haben einen Einfluss auf das Vorgehen der israelischen Regierung. Entsprechend sehen wir die deutsche Bundesregierung in der Pflicht, [Leerzeichen] **Art. 1 gemeinsame Art. I-IV Genfer Konventionen („respect and ensure respect“)** vollumfänglich wahrzunehmen all ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen **sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand** herbeizuführen. [Leerzeichen] Waffenlieferungen aus ~~Deutschland nach Israel~~ Deutschland sind damit ~~nicht vereinbar~~ unvereinbar, denn **Art. Der-2 Abs. 2 c EU-Gemeinsame Position 2008/944/CFSP** verbietet Exporte, wenn ein „klar erkennbares Risiko“ schwerer IHL-Verstöße besteht. Ein tragfähiger Waffenstillstand muss die bedingungslose Freilassung der Geiseln, ausreichend humanitäre Hilfe aller Geiseln, ungehinderten humanitären Zugang und den **Rückzug der Israelischen Armee** IDF aus Gaza ~~beinhalten~~ einschließen..

Von Zeile 50 bis 53:

~~Neben klaren Worten braucht es zudem Taten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur **Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte auf**. Dies ist Voraussetzung für eine glaubhafte Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.~~

Klartext allein genügt nicht. Wir erwarten ein offizielles Bekenntnis der Bundesregierung, die einstweiligen Maßnahmen des IGH (26 Jan & 24 Mai 2024) nach Art. 94 UN-Charta sowie die Haftbefehle des IStGH nach Art. 86 Römisches Statut aktiv umzusetzen.

Außerdem ist es für uns essenziell, dass Menschenrechtsverletzungen nicht durch deutsche Waffen unterstützt, ermöglicht oder verschärft werden. Gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 des Kriegswaffenkontrollgesetzes ist die Bundesregierung in der aktuellen Lage sogar verpflichtet, jede Aus- oder Durchfuhrgenehmigung für Kriegswaffen nach Israel zu versagen bzw. zu widerrufen. Exporte wären demnach rechtswidrig.

~~Außerdem ist es für uns essenziell, dass Menschenrechtsverletzungen nicht durch deutsche Waffen unterstützt und verschärft werden dürfen.~~ Seit Israel Krieg in Gaza führt, ist die Lage immer weiter eskaliert und trotz internationaler Apelle wurden immer wieder **Völkerrecht und Menschenrechte**

In Zeile 131:

- ~~den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen von Deutschland an Israel~~
- sämtliche Genehmigungen für die Aus- oder Durchfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Israel widerrufen, alle noch offenen Exportanträge ablehnen und durch eine Allgemeinverfügung klarstellen, dass keine bisherige Allgemeingenehmigung mehr für Lieferungen an Israel gilt.

In Zeile 136:

- ~~Ausreichend humanitäre Hilfe für die Menschen im Gaza-Streifen~~
- ungehinderten, bedarfsüberdeckenden und transparenten Zugang zu humanitärer Hilfe für Menschen in Gaza.

In Zeile 138:

- ~~die Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in Deutschland~~
- durch einen gemeinsamen Bundes-Länder-Aktionsplan zu verstärken, Haushaltsmittel für politische Bildung und Demokratieförderung um mindestens 25

% aufzustocken und Beratungs- und Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) flächendeckend auszubauen.

Begründung

1. Der Antrag behandelt den Konflikt zwischen Israel und Palästina. Auf die Rolle anderer Akteure, etwa der Hisbollah im Libanon oder des Mullah-Regimes, wird nicht eingegangen.

2. Die Forderung nach einem sofortigen Stopp aller Waffenexporte nach Israel wurde besonders ausführlich überarbeitet, da Deutschland in puncto Waffenexporte unmittelbar und eigenständig handeln kann. Bei dieser konkreten Maßnahme liegen sowohl die rechtlichen Mittel als auch die volle Verantwortung direkt bei der Bundesregierung. Die anderen Forderungen hingegen hängen maßgeblich vom Handeln anderer Akteure ab, sodass Deutschland hier nur mittelbar Einfluss nehmen kann. Es ist also weiterhin sinnvoll, diese Punkte kürzer zu halten, während der Waffenexportstopp präzise ausgestaltet wurde, um Folgendes klarzumachen: Wo Deutschland selbst direkt handeln kann, erwarten wir entschlossene und sofortige Schritte.

3. Die Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in Deutschland braucht mehr als Lippenbekenntnisse: 2024 registrierten die Sicherheitsbehörden 6 236 antisemitische Straftaten – ein Plus von rund 21 % gegenüber 2023 (1). Für antimuslimische Übergriffe und Diskriminierungen verzeichnete das zivilgesellschaftliche Monitoring 3 080 Fälle, 60 % mehr als im Vorjahr (2). Trotz dieser dramatischen Zunahmen standen dem wichtigsten Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 2024 nur etwa 200 Mio. € zur Verfügung – kaum mehr als ein Promille des Gesamtbundshaushalts.

Eine Aufstockung um 25 % – also rund + 50 Mio. € jährlich orientiert sich bewusst an diesen Zuwachsraten: Sie liegt über dem Anstieg antisemitischer Taten, deckt die Kostensteigerungen antimuslimischer Übergriffe ab und fängt zugleich Inflation / Tarifsteigerungen auf. Mit einem Viertel mehr Mittel können Beratungsstellen nach dem AGG flächendeckend aufgebaut, Bildungsprojekte stabil finanziert und Präventionsarbeit ausgeweitet werden.

Quellen:

(1)

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/05/pmk2024.html>

(2)

<https://www.claim-allianz.de/aktuelles/news/pressemitteilung-alarmierende-jahresbila>

[nz-antimuslimischer-uebergriffe-und-diskriminierungen-in-deutschland-2024-ueber-3-000-dokumentierte-vorfaelle-mehr-als-8-faelle-jeden-tag](#)